

II-1813 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

GZ 10.001/31-Parl/91

Herrn Präsidenten  
des Nationalrates  
Dr. Heinz FISCHER

Parlament  
1017 Wien

682 /AB  
1991 -05- 06  
zu 702 /J

Wien, 3. Mai 1991

BM  
WF

MINORITENPLATZ 5  
A-1014 WIEN  
TELEFON  
(0222) 531 20-0  
DVR 0000 175

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 702/J-NR/91, betreffend Kostennutzen der Forschungstätigkeit im Hinblick auf den EG-Anschluß, die die Abgeordneten Mag. Dr. Madeleine PETROVIC und Genossen am 14. März 1991 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1)

Die Auswirkungen des Transitverkehrs wurden im Rahmen der Auftragsforschung nicht explizit behandelt. Diese Fragestellung ist - zumal gemäß Anlage 1 zu § 2 des Bundesministeriengesetzes 1986, BGBl.Nr. 76 in der Fassung BGBl. Nr. 45/1991, jeder Bundesminister in den ihm zur Besorgung zugewiesenen Sachgebieten auch für die Angelegenheiten der Forschung zuständig ist - dem Bereich der Ressortforschung des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr zuzuordnen.

ad 2)

Unter dem Voranschlagsansatz 1/14138 "Expertengutachten und Auftragsforschung" sind Mittel für die Stimulierung europäischer Forschungskooperation erstmals 1991 - und zwar in Höhe von 30 Mio. S - vorgesehen.

Die unter dem genannten Vorschlagsansatz, VA-Post Nr. 7281, Ugl. 002, ausgewiesenen 25 Mio. S waren für die Stimulierung von Forschungsschwerpunkten an Universitäten und Kunsthochschulen vorgesehen. Für diesen Zweck wurden tatsächlich rund 10 Mio. S ausgegeben.

- 2 -

Der Vergabe von Forschungsaufträgen und Expertengutachten liegen die §§ 12 und 13 des Forschungsorganisationsgesetzes 1981, BGBl. Nr. 341, in der Fassung BGBl.Nr. 663/1989, sowie die gemäß § 13 Abs. 4 des Forschungsorganisationsgesetzes erlassenen Richtlinien der Bundesregierung über die Vergabe und Durchführung von Forschungsaufträgen und Aufträgen für sonstige wissenschaftliche Untersuchungen (Amtsblatt zur Wiener Zeitung vom 18. Mai 1982, Nr. 114; siehe Beilage) zugrunde.

ad 3) und 4)

Stimulierungsmittel für europäische Forschungskooperation sind - neben der Auftragsforschung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung - beim Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung und beim Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft vorgesehen. Für die Vergabe, Verwendung und Evaluation der Mittel durch die Fonds gelten die Bestimmungen des Forschungsförderungsgesetzes 1982, BGBl. 434, sowie die jeweilige Geschäftsordnung der Fonds. (Zur Auftragsforschung siehe oben.)

Die Dotierung erfolgte gegen gleichzeitige (geringfügige) Reduktion der Fondsmittel gegenüber 1990. Dadurch sollen - im Hinblick darauf, daß bei Teilnahme an Forschungsprogrammen der EG für eine EG-Förderung internationale Partnerschaften zur gemeinsamen Bearbeitung eines bestimmten Forschungsthemas vorausgesetzt werden - jene Forscher, die sich nicht mit österreichspezifischen Themen befassen, animiert werden, von den Fonds finanzierte Forschungsprojekte gemeinsam mit internationalen Partnern durchführen.

Aus Stimulierungsmittel finanzierbar sind prinzipiell alle Projekte ohne jede thematische Einschränkung, die in einer internationalen Partnerschaft in der Form durchgeführt werden, daß das Projekt aufgrund seiner Struktur auch seitens der EG förderungsfähig wäre.

- 3 -

Für die Förderung eines Projektes ist seine wissenschaftliche Qualität und nicht, ob es unter den Begriff der Stimulierung subsumiert werden kann oder nicht. Seine Zuordnung zum Stimulierungsprogramm erfolgt in Abhängigkeit von der Projektstruktur.

Stimulierungsmittel sind von den Fonds für Projekte, die strukturell den Förderungsrichtlinien der EG entsprechen, zu verwenden.

Bei Projekten mit mehr als einem ausländischen Partner wäre im Prinzip denkbar, - neben einem Partner aus einem EG-Staat - auch weitere Partner aus nicht EG-Staaten in das Programm einzubeziehen.

ad 5)

Die Zuordnung eines Projektes zur Kategorie "Stimulierung europäischer Forschungsk Kooperation" hängt von der Projektstruktur ab. Unabhängig davon haben sicherlich auch im Rahmen der Stimulierung grenzüberschreitender Forschung im Bereich der Umweltforschung die Reduktion von Emissionen und anderen Schadwirkungen bzw. die Entwicklung von an Mensch und Umwelt angepaßte Technologie einen hohen Stellenwert.

ad 6)

Im Rahmen des Forschungs- und Technologieschwerpunktes Umwelttechnik wurden entsprechend dem Forschungskonzept für Umwelttechnik 1989 Schwerpunktsetzungen und F&E-Programme zur Einführung sauberer Technologien in Industrie und Gewerbe vorbereitet und definiert. Diese seit Ende 1990 konkret anlaufenden Aktivitäten werden zum Teil in enger Abstimmung mit internationalen Programmen (OECD - Programm on Technology and Environment, EUREKA-EUROENVIRON, EG-Rahmenprogramm, etc.) und mit ausländischen Kooperationspartnern durchgeführt.

Konkret soll hier das EUREKA-PREPARE- Projekt angeführt werden, indem international abgestimmt die Einführung von präventiven Umwelttechnologien in Industrie und Gewerbe unterstützt werden soll (für erste Vorbereitungsarbeiten wurden im Jahr 1990 öS 264.000,-- ausgegeben, in den Jahren 1991 und 1992 werden mindestens öS 10 Mio. voraussichtlich mit anderen Ressorts gemeinsam zu finanzieren sein).

Wenn auch durch die zunehmend umfassende und interdisziplinäre Arbeitsweise in der Wissenschaft und die in Österreich beginnenden Bemühungen in Richtung Technology Assessment die Gefahr der Entwicklung von umwelt- und menschbelastenden Technologien verringert wird, kann sie sicherlich nicht gänzlich ausgeschlossen werden.

ad 7)

Diese Mittel sollen zur Schaffung einer Basis für Kooperationsprojekte dienen. Sie dienen der Förderung neuer Projekte im Rahmen von COST-Aktionen und sollen die österreichische Teilnahme an EG-Projekten ermöglichen.

Im internationalen Vergleich gesehen ist die Dotierung dieser Projektbereiche eher bescheiden; im Durchschnitt werden in den EG-Ländern 10 % der für Forschung insgesamt zur Verfügung stehenden Gelder in EG-Projekte eingebracht. Nicht verbrauchte Fondsmittel sind rücklagenfähig.

ad 8)

Die im Jahr 1991 im Budget ausgewiesenen Mittel sollen der Finanzierung jener COST-Projekte, EUREKA-Projekte und jener EG-Projekte dienen, die bisher mangels entsprechender Mittel noch nicht finanziert werden konnten.

Es kann davon ausgegangen werden, daß alle mit der Vergabe befaßten Organe für eine sinnvolle Verwendung der Mittel Sorge tragen werden.

- 5 -

ad 9)

Selbstverständlich soll die Dotierung Institute sowie Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen zur Aufnahme von Forschungsprojekten ermutigen. Ausschlaggebend für die Förderung kann alleine die nach wissenschaftlichen Kriterien und mit den bewährten Mitteln der Evaluation (z.B. Peer review) bewertete Qualität eines Forschungsvorhabens sein.

ad 10)

Die Zuordnung zum Stimulierungsprogramm oder die Nichtzuordnung ist nicht primär Entscheidungskriterium für die Förderung, wohl aber sekundär, nämlich dann, wenn die nationalen Mittel bereits verausgabt sind, die Stimulierungsmittel jedoch noch nicht.

Beilage

Der Bundesminister:



# Amtsblatt zur Wiener Zeitung



Nr. 114, Dienstag, 12. Mai 1932

## Kundmachungen

### Richtlinien der Bundesregierung gemäß § 11 Abs. 2 des Forschungsorganisationsgesetzes, BGBl. Nr. 341/1931, über die Gewährung und Durchführung von Förderungen gemäß § 10 leg. cit.

Die Bundesregierung hat in ihrer Sitzung vom 12. April 1932 nachstehende Richtlinien gemäß § 11 Abs. 2 des Forschungsorganisationsgesetzes 1931, BGBl. Nr. 341, beschlossen.

1. Diese Richtlinien gelten für die Gewährung und Durchführung von Zuwendungen des Bundes, insbesondere von Zuschüssen, Ausgaben für zins- und amortisationsbegünstigte Gelddarlehen sowie Annulliten-, Zinsen- und Kreditkottenzuschüssen, die der Bund als Träger von Privatrechten einem vom Bund verschiedenen Rechtsträger aus Bundesmitteln

— für eine förderungswürdige, bereits erbrachte oder beabsichtigte Leistung im Bereich der Wissenschaft und Forschung,

— für eine förderungswürdige, bereits erbrachte oder beabsichtigte Leistung für wissenschaftliche Veranstaltungen, für wissenschaftliche Ausstellungen, für wissenschaftliche Publikationen, für wissenschaftliche Dokumentation und Information,

— und für eine förderungswürdige, bereits erbrachte oder beabsichtigte Leistung zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

gewährt, ohne daß dafür unmittelbar dem Bund gegenüber eine angemessene geldwerte Gegenleistung zu erbringen ist.

2. Die Förderungswürdigkeit bestimmt sich nach § 1 des Forschungsorganisationsgesetzes.

3. Soweit innerhalb des Anwendungsbereiches dieser Richtlinien im Einzelfall der Wirkungsbereich mehrerer Bundesdienststellen berührt wird, ist gemäß §§ 5 und 6 des Bundesministeriengesetzes, BGBl. Nr. 221/1913, vorzugehen.

4. Innerhalb der jeweiligen Zuständigkeitsbereiche können Zuwendungen im Sinne der Z. 1 an natürliche oder juristische Personen oder Mehrheiten von Rechtsträgern vergeben werden.

5. Eine Zuwendung gemäß Z. 1 ist nur zulässig, wenn ohne die das Vorhaben nicht oder nicht im notwendigen Umfang durchgeführt werden könnte und wenn die Förderungswürdigkeit gegeben ist sowie die sachliche und finanzielle Durchführbarkeit des betreffenden Vorhabens gesichert erscheint.

6. Soweit nichts anderes gesetzlich bestimmt ist, gelten für die Durchführung der Förderung und Vorhaben gemäß Z. 1 der § 11 Abs. 2, § 10 Abs. 2, § 20 und § 21 des Forschungsförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 377/1937, sinngemäß.

7. Die Ansuchen um Gewährung einer Förderung für Wissenschaft und Forschung haben zumindest die in der Beilage 1 vorgesehenen Angaben, solche um Gewährung einer Förderung für die Abhaltung von Kongressen oder Symposien zumindest die in der Beilage 2 vorgesehenen Angaben zu enthalten.

Sie können entsprechend den spezifischen Anforderungen der einzelnen Bundesdienststellen modifiziert werden.

8. Eine Zuwendung im Sinne der Z. 1 darf nur unter solchen Auflagen und Bedingungen gewährt werden, die der Eigenheit der zu fördernden Leistung entsprechen. Eine Förderung aus Bundesmitteln ist nur zulässig, wenn ohne sie das Vorhaben nicht bzw. nicht im erforderlichen Umfang durchgeführt werden könnte.

Zuwendungen im Sinne der Z. 1 können nur unter den in der Beilage 3 enthaltenen Bewilligungsbedingungen und -auflagen gewährt werden. Sie können gemäß den Bedürfnissen des Einzelfalles erweitert werden.

Wenn es erforderlich scheint, kann eine Gerichtsstandsklausel vereinbart werden.

9. Wenn bei der Durchführung des zu fördernden Vorhabens Einrichtungen oder Geräte, deren Wert (Preis einschließlich Umsatzsteuer) im Einzelfall \$ 20.000,— übersteigt, ausschließlich aus nichtrückzahlbaren Zuwendungen des Bundes angeschafft werden sollen, sind, sofern das Gerät nicht im Eigentum des Bundes stehen wird, Vereinbarungen zu treffen, daß nach Abschluß des Vorhabens vom Förderungsempfänger auf Anforderung diese Geräte für weitere Förderungszwecke der Förderungsstelle kostenlos zur Verfügung gestellt werden oder diese Geräte zu diesem Zweck in das Eigentum einer von der Förderungsstelle genannten Rechtspersönlichkeit übertragen worden oder vom Förderungsempfänger eine angemessene Abgeltung in Geld, insbesondere bei Wegfall oder wesentlicher Änderung des Förderungszweckes zu erstatten ist.

10. Soweit die Eigenart in einer Reihe von Fällen in diesen Richtlinien nicht berücksichtigte, ergänzende Regelungen erfordert, kann die Förderungen gewährende Stelle Sonderrichtlinien erlassen. Diese sind unbeschadet der Bestimmungen der Punkte 2 und 13 dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung mitzuteilen und in geeigneter Weise kundzumachen.

11. Die Förderungen gewährenden Stellen haben, sofern nicht berechnete Interessen entgegenstehen, für eine geeignete Auswertung bzw. Verbreitung der Ergebnisse der Förderungen nach Maßgabe der Erfordernisse und ihrer sachlichen und finanziellen Möglichkeiten vorzusorgen.

12. Zuwendungen im Sinne der Z. 1 sind zentral gemäß dem Erlaß des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung vom 9. September 1931, Zl. 2470/10—21/31, diesem Bundesministerium direkt bekanntzugeben.

13. Unbeschadet der vorstehenden Bestimmungen sind für die Gewährung und Durchführung von Zuwendungen im Sinne der Z. 1 die einschlägigen haushaltsrechtlichen Bestimmungen anzuwenden.

#### Beilagen

Beilage 1: Musterantrag für die Gewährung einer Förderung für Wissenschaft und Forschung.

Beilage 2: Musterantrag für die Gewährung einer Förderung für die Abhaltung von Kongressen oder Symposien.

Beilage 3: Förderungsbedingungen und -auflagen.

An das  
Bundesministerium für

Beilage 1

#### Ansuchen

um die Gewährung einer Förderung für Wissenschaft und Forschung

7. Sofern der jeweilige Platz nicht ausreicht, bitte Beiblatt benutzen.

1. Name, Anschrift und Rechtsform des oder der Förderungswerber:

2. Name und Anschrift der Gesellschaft oder bzw. des Geschäftsführers:

3. Bauverbindung:

4. Kurzbeschreibung der vorhandenen wissenschaftlichen Kapazitäten bzw. der fachlichen Eignung (bitte unbedingt vorhandenen letzten Tätigkeitsbericht beilegen):

5. Beschreibung der geplanten Forschungs- bzw. wissenschaftlichen Arbeiten (einschließlich Angabe eines Kurztitels bei Projektförderung), für die um Förderung angesucht wird, sowie Angabe des Zeitplanes:

6. Wissenschaftlicher Verantwortlicher bei Projektförderung:

7. Kosten und Kostenarten bzw. bei Projektförderungen Gesamtfinanzierungsplan:

8. Höhe und Art der beantragten Förderung:

9. Sonstige Stellen, bei denen Mittel beantragt oder von denen Mittel bereits zugesagt oder gewährt wurden und Höhe dieser Mittel:

10. Höhe allfällig vorhandener Eigenmittel, die eingesetzt werden sollen:

11. Höhe der Bundesmittel, die dem (den) Förderungswerber(n) innerhalb der letzten fünf Jahre für ein Vorhaben der gleichen Art gewährt wurden:

12. Angaben darüber, warum die Forschungs- bzw. wissenschaftlichen Arbeiten ohne Förderung aus Bundesmitteln nicht oder nicht in notwendigem Umfang durchgeführt werden könnten:

13. Unterliegt der Förderungswerber bzw. die in Punkt 3 genannten Personen einer Beschränkung in der Verfügung über das Vermögen? Ist oder war (innerhalb der letzten fünf Jahre) ein Zwangsvollstreckungs-, Konkurs- oder Ausgleichsverfahren anhängig?

14. Vom Förderungswerber verschiedenen Rechtsträger, die allfällig für Teilarbeiten herangezogen worden sollen oder mit denen gemeinsam das Vorhaben durchgeführt werden soll:

15. Sonstige Angaben:

Ich (Wir) bestätige(n) die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben.

(Datum)

(Stempigle und rechtsverbindliche Zeichnung des bzw. der Förderungswerber)

An das  
Bundesministerium für

Beilage 2

### Ansuchen

um die Gewährung einer Förderung für die Abhaltung von Kongressen oder Symposien

1. Bezeichnung des geplanten Kongresses (Symposiums), Beschreibung des geplanten Kongresses (Symposiums), Programm, Zeitpunkt und der Dauer des Kongresses:

2. Name, Anschrift und Rechtsform des oder der Förderungswerber:

3. Name und Anschrift der Gesellschaft bzw. des Geschäftsführers:

4. Bankverbindung:

5. Angabe der Vortragenden, die eingeladen wurden oder eingeladen werden sollen:

6. Angabe des Personalkreis, der eingeladen wurde oder eingeladen werden soll:

7. Angaben über allfällig bisher durchgeführte Kongresse oder Symposien:

8. Stellen, mit denen der Kongress oder das Symposium gemeinsam durchgeführt werden soll:

9. Kosten und Kostenarten bzw. Finanzierungsplan:

10. Höhe und Art der beantragten Förderung:

11. Sonstige Stellen, bei denen Mittel beantragt oder von denen Mittel bereits zugesagt oder gewährt wurden und Höhe dieser Mittel:

12. Höhe allfälliger Eigenmittel bzw. erwarteter Kongress- oder Symposiumserlöse:

13. Höhe der Bundesmittel, die der bzw. die Förderungswerber innerhalb der letzten fünf Jahre für die Abhaltung von Kongressen und Symposien erhalten haben:

14. Angabe darüber, warum der Kongress bzw. das Symposium ohne Förderung aus Bundesmitteln nicht oder nicht im notwendigen Umfang abgehalten werden könnte:

15. Unterliegt der oder die Förderungswerber bzw. die in Punkt 3 genannten Personen einer Beschränkung in der Verfügung über das Vermögen? Ist oder war (innerhalb der letzten fünf Jahre) ein Zwangsvollstreckungs-, Konkurs- oder Ausgleichsverfahren anhängig?

16. Sonstige Angaben:

Ich (Wir) bestätige(n) die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben.

(Datum)

(Stempigle und rechtsverbindliche Zeichnung des bzw. der Förderungswerber)

Beiblatt zur Mitteilung über die Gewährung einer Förderung

Beilage 3

ZL: .....

### 1. Allgemeine Bewilligungsbedingungen und -auflagen:

1. Die zugesicherten Förderungsmittel sind ausschließlich zur Finanzierung des gegenständlichen Forschungsvorhabens zu verwenden.

2. Der Förderungsempfänger hat das Vorhaben nach Annahme der Zusicherung unverzüglich zu beginnen, entsprechend dem Forschungsprogramm durchzuführen und termingerecht fertigzustellen.

Alle Ergebnisse, welche die Durchführung des geförderten Vorhabens verzögern oder unmöglich machen, sind dem Bundesministerium für ..... unverzüglich anzumelden.

3. Erweist sich bei der Durchführung des Vorhabens, daß das Forschungsziel nur nach Vornahme von Abänderungen gegenüber dem Förderungsansuchen bzw. den angenommenen Bedingungen erreicht werden kann, ist unverzüglich ein begründetes Ansuchen auf Abänderung an das Bundesministerium für ..... zu richten. Die beantragte Änderung darf erst nach schriftlicher Zustimmung durch das Bundesministerium für ..... vorgenommen werden.

4. Der Förderungsempfänger hat zum Nachweis der ordnungsgemäßen Abwicklung des geförderten Vorhabens einmal jährlich einen Bericht über den Arbeitsfortschritt in dreifacher Ausfertigung vorzulegen. Er ist außerdem verpflichtet, dem Bundesministerium für ..... jederzeit Auskünfte hinsichtlich des geförderten Vorhabens zu erteilen sowie den vom Bundesministerium für ..... beauftragten Organen zu ermöglichen, sich über alle das Forschungsvorhaben betreffenden Angelegenheiten zu unterrichten und die Beichtigung an Ort und Stelle zu gestatten.

5. Die Förderungsmittel werden nach Maßgabe des ortsweisen Bedarfs bzw. Arbeitsfortschrittes nach budgetärer Verfügbarkeit flüssig gemacht. Der Förderungsgeber hat das Recht, die Auszahlung des Förderungsbetrages oder allenfalls noch ausstehende Teile desselben einzustellen, sobald und solange Umstände vorliegen, die die ordnungsgemäße Durchführung des Förderungsvorhabens nicht mehr gewährleistet erscheinen lassen.

6. Der Förderungsempfänger hat zur Überprüfung der widmungsgemäßen Verwendung der Förderungsmittel durch das Bundesministerium für ..... gesonderte, sich auf die Gesamtkosten des Vorhabens erstreckende Aufzeichnungen zu führen. Er hat einen Gebarungsbereich innerhalb der zu vereinbarenden Fristen der Förderungsstelle zu erstatten und den von der Förderungsstelle beauftragten Organen die Einsicht in die Bücher und Belege zu gestatten.

7. Der Förderungsempfänger ist verpflichtet, bis zum vereinbarten Fertigstellungstermin einen schriftlichen Schlußbericht und eine Kurzfassung hierzu in deutscher Sprache, jeweils in dreifacher Ausfertigung, dem Bundesministerium für ..... vorzulegen.

8. Der Förderungsempfänger hat bei allen Veröffentlichungen sowie an den geförderten Geräten, Einrichtungen und Baulichkeiten an gut sichtbarer Stelle den Hinweis anzubringen: „Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für .....“.

9. Das Bundesministerium für ..... behält sich das Recht vor, anlässlich der Genehmigung der Abrechnung über die weitere Verwendung von ausschließlich aus nicht rückzahlbaren Förderungsmitteln angeschafften Geräten zu verfügen, sofern nichts anderes vereinbart wurde.

10. Die Förderung ist rückzuerstatten und vom Tage der Auszahlung an mit 5% über dem jeweils geltenden Zinssatz für Einkontierungen der Österreichischen Nationalbank zu verzinsen, wenn

- der Förderungswerber das Bundesministerium für ..... über wesentliche Umstände getäuscht oder unvollständig unterrichtet hat, oder
- das Forschungsvorhaben durch Verschulden des Förderungsempfängers nicht oder nicht rechtzeitig durchgeführt werden kann oder durchgeführt worden ist, oder
- die sofortige Meldung von Ereignissen, welche die Durchführung des geförderten Vorhabens verzögern oder unmöglich machen, nicht erfolgte, oder
- die Förderung widmungswidrig verwendet wird, oder
- den Erfolg des Vorhabens sichernde Auflagen oder Bedingungen aus Verschulden des Förderungsempfängers nicht eingehalten, oder
- vorgesehene Berichte nicht erstattet oder Nachweises nicht beigebracht werden, insofern eine zweimalige, dem ausdrücklichen Hinweis auf die Rechtsfolgen der Nichtbefolgung enthaltende Mahnung ohne Erfolg geblieben ist.

11. Jeder unmittelbar wirtschaftliche Nutzen, der dem Förderungsempfänger während der Durchführung oder innerhalb von fünf Jahren nach Abschluß des geförderten Vorhabens (Fertigstellungstermin) aus dem Forschungsvorhaben erwächst, ist vom Förderungsempfänger unverzüglich dem Bundesministerium für ..... bekanntzugeben. Das Bundesministerium für ..... behält sich ebenfalls das Recht vor, einen wirtschaftlich gerechtfertigt erscheinenden Betrag bis zur Höhe der Förderung zurückzufordern.

## II. Besondere Bewilligungsbedingungen und -auflagen:

1. ....
2. ....
3. ....

## Richtlinien der Bundesregierung gemäß § 13 Abs. 4 des Forschungsorganisationsgesetzes, BGBl. Nr. 341/1981, über die Vergabe und Durchführung von Forschungsaufträgen und Aufträgen für sonstige wissenschaftliche Untersuchungen

Die Bundesregierung hat in der Sitzung vom 13. April 1982 nachstehende Richtlinien gemäß § 13 Abs. 4 des Forschungsorganisationsgesetzes 1981, BGBl. Nr. 341, beschlossen:

1. Diese Richtlinien gelten für die Vergabe von Forschungsaufträgen und Aufträgen für sonstige wissenschaftliche Untersuchungen (Expertengutachten), Forschungsaufträge und Aufträge für sonstige wissenschaftliche Untersuchungen (Expertengutachten) sind nach den Bestimmungen des Privatrechts zu beurteilende Vereinbarungen des Bundes mit vom Bund verschiedenen Rechtsträgern im Bereich von Wissenschaft und Forschung gegen eine bestimmte oder bestimmbare Gegenleistung.

2. Soweit innerhalb des Anwendungsbereiches dieser Richtlinien im Einzelfall der Wirkungsbereich mehrerer Bundesministerien berührt wird, ist gemäß den §§ 5 und 6 des Bundesministeriengesetzes, BGBl. Nr. 389/1973, vorzugehen.

3. Forschungsaufträge und Aufträge für sonstige wissenschaftliche Untersuchungen sind gemäß dem Erlaß des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung vom 9. September 1981, ZL 2470/10-31/81, diesem Bundesministerium direkt bekanntzugeben.

4. Innerhalb des jeweiligen Zuständigkeitsbereiches können Forschungs- und Entwicklungsaufträge an natürliche und juristische Personen oder Mehrheiten von Rechtsträgern vergeben werden.

5. Der Auftraggeber oder die Gruppe von Auftraggebern haben ein Angebot zu legen, das mindestens die in der Beilage 1 vorgesehenen Angaben zu enthalten hat.

Dieses kann entsprechend den spezifischen Anforderungen der einzelnen Bundesdienststellen erweitert werden.

6. Die Art der Vergabe von Forschungsaufträgen und Aufträgen für sonstige wissenschaftliche Untersuchungen ist – soweit dafür besondere bundesgesetzliche Regelungen nicht bestehen – nach der Natur der Leistungen sowie den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit der Verwaltung zu bestimmen.

7. Innerhalb der nach dem vorigen Punkt festgelegten Vergabeart sind von der vergebenden Stelle ein bzw. nach Möglichkeit mehrere Offerte einzuholen, die dem oben angeführten Mindestinhalt entsprechen.

8. Eine öffentliche Ausschreibung hat zu erfolgen, wenn die voraussichtlichen Kosten des Forschungsauftrages oder der Aufträge für sonstige wissenschaftliche Untersuchungen 10 Millionen S übersteigen. Sofern infolge der Natur der Sache eine öffentliche Ausschreibung nicht möglich ist, ist eine öffentliche Interessentenrunde durchzuführen. In diesem Fall sind der Leistungsgegenstand, der finanzielle Rahmen und allfällige Bedingungen sowie Befristungen für die Leistungserbringung öffentlich kundzumachen.

Die Bestimmungen der ÖNORM A 2030 sind sowohl bei der öffentlichen Ausschreibung als auch bei der öffentlichen Interessentenrunde und bei den sonstigen Vergabearten sinngemäß anzuwenden.

9. Auslobungen können vorgenommen und Juroren bestellt werden.

10. Die Vergütung des Bundes für Forschungsaufträge und Aufträge über sonstige wissenschaftliche Untersuchungen ist auf Grundlage der erforderlichen Kosten zu vereinbaren. Ein darüber hinausgehender Entgelt kann vereinbart werden. Eine Pauschalisierung kann vorgenommen werden.

11. Hinsichtlich der Festlegung der Vergütung ist im allgemeinen zu unterscheiden zwischen einer

a) Festvergütung (Fixpreis oder Pauschalvergütung);

b) einer Vergütung der nachzuweisenden Kosten bzw. des allfälligen Entgeltes und Festlegung eines Höchstbetrages.

Festvergütungen werden überall dort zu vereinbaren sein, wo eine genaue Berechnung der Entgeltbelastung bereits im voraus möglich ist. Wo dies nicht der Fall ist, wird zwecks Verringerung des Kostenrisikos für den Auftraggeber die unter lit. b vorgesehene Verrechnungsalternative zu wählen sein.

12. Forschungsaufträge und Aufträge für sonstige wissenschaftliche Untersuchungen (Expertengutachten) zur Erbringung von Leistungen dürfen nur an leistungsfähige und fachkundige Auftragsgeber vergeben werden, die eine vollständige und termingerechte Vertragserfüllung erwarten lassen.

13. Werden im Rahmen des Auftrages Arbeitskräfte eingesetzt, so ist zu vereinbaren, daß der Auftragnehmer als Arbeitgeber zu fungieren hat und die Dienstverträge im eigenen Namen abzuschließen und die daraus resultierenden Verpflichtungen zu tragen hat.

Werden im Rahmen des Auftrages sonstige Subverträge geschlossen, so ist zu vereinbaren, daß der Auftragnehmer diese im eigenen Namen abzuschließen und die daraus resultierenden Verpflichtungen zu tragen hat. Innerhalb der Aufträge für sonstige wissenschaftliche Untersuchungen können auch Aufträge zur Vorbereitung und Beratung in Fragen der Wissenschaft, Forschung und Entwicklung von den zuständigen Bundesministerien an geeignete Sachverständige und Expertengruppen (Projektteams) vergeben werden. Zu diesem Zweck können mit natürlichen und juristischen Personen bzw. Mehrheiten von Rechtsträgern Werkverträge über die entsprechenden Ausarbeitungen und damit zusammenhängenden koordinierenden und redaktionellen Arbeiten abgeschlossen werden.

14. Folgeaufträge zur Verwertung der Ergebnisse von Forschungsaufträgen und Aufträgen für sonstige wissenschaftliche Untersuchungen, insbesondere auch die Publikation der Ergebnisse, können im Rahmen der für Forschungsaufträge und Aufträge für sonstige wissenschaftliche Untersuchungen verfügbaren Mitteln erfolgen.

15. Soweit es die Eigenart des Auftrages erfordert, jedenfalls bei Aufträgen mit einer Auftragssumme über 10 Millionen S, ist vertraglich eine Projektbegleitung vorzusehen.

Die Projektbegleitung umfaßt den periodischen Kontakt zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber bezüglich wissenschaftlicher, administrativer und finanzieller Fragen der Projektdurchführung und hinsichtlich des Fortschrittes des Projektes.

16. Forschungsaufträge und Aufträge für sonstige wissenschaftliche Untersuchungen sind gemäß dem beiliegenden Mustervertrag (einschließlich der beiliegenden Allgemeinen Vertragsbedingungen) zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer zu vereinbaren (Beilage 2 und 3).

Im Einzelfall ist dabei zu prüfen, ob die Voraussetzungen für die Anwendung des § 3 (Zurverfügungstellung von Unterlagen oder Geräten) gegeben ist, ansonsten könnte diese Bestimmung entfallen bzw. durch die Bestimmung über die Verwendung von anzuschaffenden Geräten ersetzt werden. In diesem Fall wird festzuhalten sein, ob das anzuschaffende Gerät im Eigentum des Bundes stehen wird oder eine Auflage an den Empfänger zur Eigentumsübertragung an einen vom Auftraggeber genannten Dritten zur Abgeltung bei Wegfall oder wesentlicher Änderung des Verwendungszweckes oder zur kostenlosen Zurverfügungstellung des Gerätes für weitere Verwendungen zu vereinbaren ist. Von einer solchen Auflage kann nur abgesehen werden, wenn der Wert (Preis einschließlich Umsatzsteuer) des Gerätes S 20.000,- nicht übersteigt.

17. Hinsichtlich der beigeschlossenen Allgemeinen Vertragsbedingungen (Beilage 3) wird zu prüfen sein, ob Erweiterungen im Hinblick auf Geheimhaltungsrichtlinien, Rücktrittsrechte, Vertragsstrafen, Schutzrechtvorbehalte und Zustimmungrechte zu Veröffentlichungen sowie sonstige, den Einzelfall betreffende Modifikationen vorzunehmen sind.

18. Soweit die Eigenheit des Einzelfalles in diesen Richtlinien nicht berücksichtigte ergänzende Regelungen erfordert, sind diese vertraglich zu vereinbaren.

19. Soweit die Eigenheit in einer Reihe von Fällen in diesen Richtlinien nicht berücksichtigte ergänzende Regelungen erfordert, kann die Aufträge vergebende Stelle Sonderrichtlinien erlassen. Diese sind unbeschadet der Punkte 2 und 21 dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung zu übermitteln und in geeigneter Form kundzumachen.



- 4 -

Beilage 3

19. Die Aufträge vergebenden Stellen haben, sofern nicht berechtigte Interessen entgegenstehen, für eine geeignete Auswertung bzw. Verbreitung der Ergebnisse der Aufträge nach Maßgabe ihrer sachlichen und finanziellen Möglichkeiten vorzusehen.

20. Unbeschadet der vorstehenden Bestimmungen sind für die Vorarbeit und Durchführung von Forschungsaufträgen und Aufträgen für sonstige wissenschaftliche Untersuchungen die jeweiligen branchenspezifischen Bestimmungen anzuwenden.

Beilagen:

Beilage 1: Musteroffert.

Beilage 2: Mustervertrag.

Beilage 3: Allgemeine Rahmenbedingungen.

An das  
Bundesministerium für

Beilage 1

### Offert

Für den Forschungsauftrag oder das Expertengutachten:

1. Name und Rechtsform des oder der Auftragwerbers:

2. Kurzbeschreibung der vorhandenen wissenschaftlichen Kapazität:

3. Bisher durchgeführte wissenschaftliche Arbeiten:

4. Nachweis der fachlichen Eignung des oder der Auftragwerbers und ihrer Mitarbeiter:

5. Arbeitsplan (wissenschaftliche Zielsetzung, Zeitplan usw.):

6. Wissenschaftliche Einrichtungen oder Personen, die für das Vorhaben herangezogen werden:

7. Vom Auftraggeber beabsichtigte Auswertung der Ergebnisse:

8. Bahnverbindung des Auftragwerbers:

9. Sonstige Bemerkungen:

Datum: ..... Unterschrift: .....

10. Kostenplan:

1. Personalkosten:

1.1 Dienstnehmer:

a) .....

b) .....  
(Jeweils Angabe der Qualifikation, des monatlichen Bruttogehaltes und der Wochenarbeitsstunden, der Gesamtdauer der Mitwirkung und der sich einschließlich der Gehaltsnebenkosten ergebenden Gesamtkosten.)

1.2 Werkverträge: 7)

a) .....

b) .....  
(Angabe der Funktion, der Dauer des Werkvertrages und der Höhe des Werkvertragsentgeltes.)

1.3 Reise- und Kongresteilnahmekosten: 7)

a) .....

b) .....  
(Angabe des Zweckes der Reise bzw. Kongresteilnahme, gegliedert nach Inlands- und Auslandsreisen.)

2. Sachkosten: 7)

2.1. Anschaffung von Geräten (nähere Bezeichnung):

a) .....

b) .....

2.2. Datenverarbeitungskosten:

2.3. Sonstige Kosten (nähere Bezeichnung):

a) .....

b) .....

Kosten insgesamt

Allfällige Mehrwertsteuer 7)

Summe insgesamt

7) Sofern gemäß dem Inhalt des Vertrages eine Umsatzsteuerpflicht gegeben ist, ist in der Kalkulation darauf zu achten, daß die einzelnen Kosten netto, das heißt ohne auf sie entfallende Umsatzsteuer eingesetzt werden, da der Auftragnehmer die Möglichkeit des Vorsteuerabzuges hat.

### Mustervertrag

Die Republik Österreich, vertreten durch das Bundesministerium für ..... als Auftraggeber und  
..... als Auftragnehmer schließen  
hiermit nachstehenden

#### VERTRAG

##### § 1

Der Auftraggeber erteilt und der Auftragnehmer übernimmt  
den Auftrag zu folgendem Thema: .....

Die in sich geschlossene Arbeit umfaßt folgende Leistungen  
(Arbeitsprogramm): .....

##### § 2

Die im § 1 angeführten Leistungen werden nach folgendem  
Zeitplan erbracht: .....

##### § 3

Für die gesamte aufgrund dieses Vertrages dem Auftragnehmer entstehende Arbeit und Mühe einschließlich der hierbei anfallenden Kosten, wie insbesondere Büro- und Materialkosten, Kosten für die erforderliche Anzahl von Abzügen, Fahrt- und Reisekosten sowie für das vom Auftragnehmer unmittelbar in Entlohnung zu nehmende und für die Ausführung des Werkes zu verwendende Personal, einschließlich der darauf entfallenden Abgaben wird eine Pauschalvergütung von .....  
(in Worten: ..... ) vereinbart.

Ergänzungen kleineren Umfangs, Klarstellung und die Teilnahme an Besprechungen zum Gegenstand dieses Auftrages (§ 1), die der Auftraggeber verlangen sollte, sind im Rahmen dieses Auftragsentgeltes zu erbringen.

(Oder: Der Auftragnehmer erhält auf Grund einer ordnungsgemäßen, detaillierten Abrechnung seine nachgewiesenen Kosten und Entgelte bis zum Betrag von maximal .....  
(in Worten: ..... ). Soweit eine Umsatzsteuerpflicht gegeben ist, erhöht sich dieser Betrag um die rechnungsmäßig vom Auftragnehmer auszuweisende Umsatzsteuer. In diesen Fällen werden die Kosten und Entgelte ohne die Vorsteuer erstatet.)

##### § 4

Die Bezahlung (§ 3) erfolgt nach Maßgabe des folgenden  
Zahlungsplanes: .....

(oder innerhalb von ..... Wochen nach ordnungsgemäßer Erfüllung des Auftrages).

##### § 5

(Allfällige Regelungen über die Zurverfügungstellung von Unterlagen oder Geräten bzw. Regelung über die Anschaffung und das Eigentum von Geräten innerhalb des Forschungsauftrages.)

##### § 6

(Allfällige Regelungen im Hinblick auf Geheimhaltungspflichten, Rücktrittsrechte, Vertragsstrafen, Veröffentlichungen und Schutzrechte in Anwendung des Punktes 17 der Richtlinien.)

##### § 7

Für Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist im bezirksgerichtlichen Verfahren das Bezirksgericht innere Stadt Wien und im Gerichtshofverfahren das Landesgericht für Zivilrechtssachen Wien zuständig. Zur Entscheidung über das Vertragsverhältnis ist ausschließlich das österreichische Recht anzuwenden.

Die beigezeichneten „Allgemeinen Vertragsbedingungen“ bilden einen Bestandteil dieses Vertrages.

Wien, am .....

Der Auftraggeber: .....

Wien, am .....

Der Auftragnehmer: .....

Beilage:

Allgemeine Vertragsbedingungen.

## Allgemeine Vertragsbedingungen

Beilage I

1. Verbindlich für beide Vertragspartner ist nur, was schriftlich vereinbart wurde. Auch Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen zu ihrer Gültigkeit der schriftlichen Vereinbarung.

2. Sobald dem Auftragnehmer irgendwelche Umstände erkennbar werden, die eine vertragsgemäße Erfüllung des Auftrages in Frage stellen können, hat er den Auftraggeber unverzüglich schriftlich über diese Umstände und allfällige von ihm zu ergreifende Maßnahmen zu benachrichtigen.

3. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, nach Beendigung des Werkes die Beseitigung allfälliger Mängel über Aufforderung des Auftraggebers ohne zusätzlichen Entgeltanspruch in angemessener Frist vorzunehmen. Diese Verpflichtung erlischt, sofern der Auftraggeber die solchen Vorlangen nicht binnen längstens sechs Monaten nach Beendigung des Werkes an den Auftragnehmer abweist (Datum des Poststempels). Kommt der Auftragnehmer seiner Verpflichtung zur Mängelbeseitigung nicht, nicht rechtzeitig oder nicht vollständig nach, oder ist nach der Erläuterung mangelhaft, gilt folgendes:

- a) Ist das Werk dadurch für den Auftraggeber unbrauchbar, verliert der Auftragnehmer den Anspruch auf die Vergütung (§ 5) und hat bereits empfangene Beträge zurücklich 3% über dem jeweiligen Diskontsatz der Österreichischen Nationalbank liegende Zinsen, vom Tage des Empfangens der Beträge an gerechnet, zurückzahlen.
- b) Ist das Werk für den Auftraggeber nicht unbrauchbar und ist eine Verbesserung durch einen Dritten möglich, hat der Auftraggeber gegen den Auftragnehmer Anspruch auf Ersatz der tatsächlich aufgelaufenen Verbesserungskosten bis zur Höhe der mit dem Auftragnehmer vereinbarten Vergütung (§ 5).
- c) Ist das Werk für den Auftraggeber nicht unbrauchbar, aber in seinem Wert gemindert und ist eine Verbesserung durch einen Dritten nicht möglich, hat der Auftraggeber Anspruch auf angemessene Minderung der Vergütung.

Die Ansprüche nach lit. a) bis c) können bei sonstigem Ausschluss nur binnen sechs Monaten nach Ablauf der gesetzten Verbesserungsfrist gerichtlich geltend gemacht werden; wurde eine bestimmte Verbesserungsfrist nicht gesetzt, endet die Gewährleistungsfrist ein Jahr nach Absendung (Datum des Poststempels) der Aufforderung zur Mängelbeseitigung.

4. Werden vom Auftragnehmer im Rahmen der Erfüllung des Auftrages Arbeitskräfte eingestellt oder Werkverträge geschlossen, so hat er als Arbeitgeber zu fungieren und die Dienst- bzw. Werkverträge in seinem Namen auf seine Rechnung abzuschließen bzw. die daraus resultierenden Verpflichtungen zu tragen. Subworkverträge über ähnliche Tätigkeiten innerhalb des Auftrages (§ 1) bedürfen jedoch der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers. Der Auftragnehmer haftet für das Verschulden aller Personen, denen er sich zur Erfüllung seiner Vertragsverpflichtungen bedient, im gleichen Umfang wie für eigenes Verschulden.

5. Der Auftraggeber ist berechtigt, im Rahmen des Vertrages orbrachte Ausarbeitungen zur Gänze oder teilweise als Einzelpublikation oder in einer anzuordnenden Schriftenreihe zu veröffentlichen bzw. deren Veröffentlichung durch den Auftragnehmer oder Dritte zu fördern.

6. Führt die Arbeit an dem vereinbarten Werk zu einer neuen Erfindung des Auftragnehmers, die patent- oder lizenzfähig ist, hat der Auftragnehmer hiervon unverzüglich den Auftraggeber zu verständigen und – dessen Einverständnis vorausgesetzt – das Patent anzumelden sowie sein Recht aus der Anmeldung dem Auftraggeber zu übertragen.

7. Der Auftraggeber ist berechtigt, den Auftrag jederzeit zu stornieren. Liegt ein Rücktrittsgrund gemäß Punkt 8 nicht vor, hat der Auftraggeber dem Auftragnehmer jedoch in diesem Fall die nachgewiesenen Borauslagen zu ersetzen und einen dem bisherigen Arbeitsaufwand des Auftragnehmers entsprechenden Teil eines allfälligen vereinbarten Entgeltes zu bezahlen.

8. Der Auftraggeber ist berechtigt, den sofortigen Rücktritt vom Vertrag zu erklären:

- a) wenn der Auftragnehmer den Auftraggeber über wesentliche Umstände getuscht oder unvollständig unterrichtet hat, sofern nicht ein Nichtigkeitsgrund vorliegt;
- b) wenn das Werk durch Verschulden des Auftragnehmers nicht oder nicht rechtzeitig durchgeführt werden kann oder durchgeführt worden ist und die Leistung auch in der vom Auftraggeber gesetzten angemessenen Nachfrist nicht orbracht wird;
- c) wenn Umstände vorliegen, die eine zeitgerechte Erfüllung des Auftrages offensichtlich unmöglich machen, sofern der Auftragnehmer diese selbst zu vertreten hat; als ein solcher Umstand gilt auch, wenn der Auftragnehmer mit der Ausführung nicht fristgerecht begonnen oder einen vereinbarten Zwischentermin nicht eingehalten hat, und eine vom Auftraggeber gesetzte angemessene Nachfrist fruchtlos abgelaufen ist, oder wenn der Auftragnehmer die sofortige Meldung von Ereignissen, welche die Durchführung des Vorhabens verzögern oder unmöglich machen, unterlassen hat, oder wenn der Auftragnehmer den Erfolg des Vorhabens sichernde Auflagen oder Bedingungen aus seinem Verschulden nicht eingehalten hat;

a) wenn der Auftragnehmer vorgesehene Berichte nicht erstattet oder Nachweise nicht beibringt, sofern in den beiden letzteren Fällen eine zweimalige den ausdrücklichen Hinweis auf die Rechtsfolgen enthaltende Mahnung ohne Erfolg geblieben ist;

a) wenn der Auftragnehmer ohne die gemäß Punkt 6 erforderliche Zustimmung des Auftraggebers einen Subworkvertrag abgeschlossen hat;

9. Wenn über das Vermögen des Auftragnehmers das Ausgleichs- oder Konkursverfahren eröffnet oder die Eröffnung des Konkursverfahrens mangels hinreichenden Vermögens abgelehnt wird; das Rücktrittsrecht kann im Falle des Ausgleichsverfahrens während der ganzen Dauer des Ausgleichsverfahrens bis zur Aufhebung desselben, im Falle des Konkursverfahrens bis zur Beendigung der Liquidation geltend gemacht werden;

10. Wenn der Auftragnehmer stirbt oder die Eigenberücksichtigung verliert.

Im Falle des Rücktritts nach lit. a bis f verliert der Auftragnehmer jeden Anspruch auf die vereinbarte Vergütung und ist überdies verpflichtet, bereits erhaltene Vergütungen zurückzurufen und vom Tage der Auszahlung an mit 3% über dem jeweiligen Diskontsatz der Österreichischen Nationalbank liegenden Zinsen vom Tage des Empfangens der Beträge an gerechnet zurückzahlen sowie dem Auftraggeber die durch eine allfällige Weitergabe des Auftrages an einen Dritten erwachsenen Mehrangaben zu ersetzen. Dies gilt auch im Falle einer Nichtigkeit des Vertrages gemäß lit. a. Im Falle des Rücktritts gemäß lit. g gelten die Bestimmungen des Punktes 7 sinngemäß.

11. Der Auftragnehmer hat auf Anforderung durch den Auftraggeber Tellergebnisse schriftlich bekanntzugeben. Er ist außerdem verpflichtet, jederzeit Auskünfte hinsichtlich des übernommenen Auftrages zu erteilen und Prüfungsorganen des Auftraggebers jede Unterrichtung zu ermöglichen.

12. Sofern mehrere Auftragnehmer vorhanden sind, haften diese dem Auftraggeber für die Erfüllung aller Verpflichtungen aus diesem Vertrag solidarisch.

13. Soweit im besondern Vertragsteil und in den „Allgemeinen Vertragsbedingungen“ nichts Abweichendes vereinbart wurde, gelten subsidiär die Bestimmungen des ABGB.

14. Dieser Vertrag wird in zwei Ausfertigungen hergestellt, von denen jeweils eine bei den Vertragspartnern bleibt.